

Michelle Favier

Die gemeinsame
rechtliche Elternchaft
von eingetragenen
Lebenspartnern durch die
Annahme eines Kindes

Studien zum
deutschen und internationalen
Familien- und Erbrecht

Herausgegeben von Martin Lipp, Christoph Benicke,
Marina Wellenhofer und Bettina Heiderhoff

Band 19

Inhaltsverzeichnis

EINFÜHRUNG.....	1
A. HINTERGRUND UND ANLASS DER UNTERSUCHUNG	1
B. GANG DER UNTERSUCHUNG	3
C. ÜBERBLICK ÜBER DIE MÖGLICHKEITEN ZUR KINDESANNAHME.....	4
KAPITEL 1: ANNAHMEMÖGLICHKEITEN FÜR EINGETRAGENE LEBENSPARTNER NACH § 9 ABS. 7 LPARTG.....	7
A. GELTUNGSBEREICH DES § 9 ABS. 7 LPARTG	7
I. Grammatikalische Auslegung	8
II. Systematische Auslegung.....	9
1. Stellung im Gesetz	9
2. Verhältnis zu anderen Normen, insbesondere § 1742 BGB.....	11
a) Anwendbarkeit der Ausnahme vom Verbot der Kettenadoption durch Verweis.....	11
b) Anwendbarkeit der Ausnahme vom Verbot der Kettenadoption aufgrund eines Geltungs- oder Anwendungsvorrangs.....	15
3. Ergebnis der systematischen Auslegung	17
III. Teleologische Auslegung.....	18
IV. Historische Auslegung.....	22
V. Ergebnis der Auslegung.....	23
B. MÖGLICHKEIT EINER ERWEITERUNG VON § 9 ABS. 7 LPARTG AUF ZUVOR ANGENOMMENE KINDER.....	26
I. Möglichkeit der Erweiterung der Ausnahme vom Verbot der Kettenadoption in § 1742 BGB auf eingetragene Lebenspartner.....	27
1. Zweck des Verbots der Kettenannahme und Gründe für die Ausnahme von Eheleuten.....	27
a) Grund des Verbots der Kettenannahme	28
b) Gründe für die Ausnahme von Eheleuten vom Verbot der Kettenannahme	30

2. Übertragbarkeit der Gründe für die Ausnahme vom Verbot der Kettenannahme von Ehepartnern auf eingetragene Lebenspartner	32
a) Entstehen von sich widersprechenden oder sich ablösenden Elternrechten	33
b) Überschreitung der Reichweite der Einwilligung in Erstannahme.....	33
aa) Einwilligung gemäß § 1747 Abs. 1 S. 1 BGB.....	34
(1) Einwilligungsfähiger Sachverhalt.....	34
(2) Inhalt der Einwilligung	37
(3) Formalien und Wirkung der Einwilligung.....	40
(4) Zusammenfassung der Erkenntnisse zur Einwilligung	41
bb) Überschreiten der Einwilligung durch Zweitannahme	42
(1) Überschreitung der Einwilligung aufgrund einer Zweitannahme durch den Ehegatten	42
(a) Zweitannahme bei ursprünglichem Annahmehindernis	43
(b) Zweitannahme bei späterer Eheschließung	44
(c) Ergebnis zur Überschreitung der Einwilligung aufgrund einer Zweitannahme durch den Ehegatten	45
(2) Überschreitung der Einwilligung aufgrund einer Zweitannahme durch den eingetragenen Lebenspartner.....	46
(a) Zuständige Stelle und Inhalt der Aufklärung über § 1742 BGB	47
(aa) Belehrungs- und Informationspflicht der Adoptionsvermittlungsstellen.....	47
(bb) Belehrungs- und Informationspflicht der Notare.....	49
(cc) Ergebnis der Belehrungs- und Informationspflichten	53
(b) Auswirkungen der Aufklärung über § 1742 BGB auf die Reichweite der Einwilligung in Bezug auf eine Zweitannahme durch den eingetragenen Lebenspartner.....	54
(aa) Aufhebung nach § 1763 BGB.....	55
(bb) Aufhebung nach § 1760 BGB	55
(cc) Ergebnis der Auswirkungen der Nichtaufklärung über § 1742 BGB.....	59
(c) Ergebnis zur Überschreitung der Einwilligung aufgrund einer Zweitannahme durch den eingetragenen Lebenspartner	59

(3) Ergebnis zum Überschreiten der Einwilligung durch Zweitannahme.....	60
cc) Gesamtergebnis zur Überschreitung der Reichweite der Einwilligung in die Erstannahme	60
c) Ergebnis zur Übertragbarkeit der Gründe für die Ausnahme vom Verbot der Kettenannahme von Ehepartnern auf eingetragene Lebenspartner	61
3. Vergleichbarkeit von Eheleuten und eingetragenen Lebenspartnern.....	61
a) Vergleichbarkeit der Personenkonstellationen.....	62
b) Vergleichbarkeit der Stabilität, Beständigkeit und Absicherung.....	64
c) Vergleichbarkeit anhand der sonstigen Adoptionsregelungen.....	67
d) Fazit.....	68
4. Ergebnis zur Möglichkeit der Erweiterung der Ausnahme vom Verbot der Kettenadoption in § 1742 BGB auf eingetragene Lebenspartner	68
<i>II. Erfüllen der allgemeinen Adoptionsvoraussetzungen nach § 1741 Abs. 1 BGB bei der Sukzessivannahme durch den eingetragenen Lebenspartner des Erstannahmenden</i>	
	69
1. Kindeswohl.....	70
a) Der Begriff des Kindeswohls	71
b) Wann dient die Annahme als Kind dem Kindeswohl?	73
aa) Die Beurteilung des Wohls von Kindern, die in gleichgeschlechtlichen Beziehungen aufwachsen	75
(1) Sexuelle Identität	76
(2) Psychisches Wohlbefinden und Belastungserleben.....	79
(3) Erziehungsverhalten gleichgeschlechtlicher Paare.....	82
(4) Sexuelles Missbrauchsrisiko.....	84
(5) Stabilität von gleichgeschlechtlichen Beziehungen	86
(6) Abwesenheit von Mutter oder Vater	88
bb) Ergebnis zur Beurteilung des Kindeswohls	90
c) Fazit.....	91
2. Eltern-Kind-Verhältnis.....	91
3. Fazit.....	94
<i>III. Ergebnis zur Möglichkeit der Erweiterung von Art. 9 Abs. 7 LPartG auf zuvor angenommene Kinder.....</i>	
	95

C. ERGEBNIS ZU DEN ANNAHMEMÖGLICHKEITEN FÜR EINGETRAGENE LEBENSPARTNER NACH § 9 ABS. 7 LPARTG.....	95
---	----

**KAPITEL 2: DAS VERBOT DER SUKZESSIONADOPTION UNTER
VERFASSUNGSRECHTLICHEN GESICHTSPUNKTEN..... 97**

A. VERSTOß DES VERBOTS EINER SUKZESSIONADOPTION DURCH DEN EINGETRAGENEN LEBENSPARTNER GEGEN GRUNDRECHTE DER EINGETRAGENEN LEBENSPARTNER	97
I. Verstoß des Verbots der Sukzessionadoption gegen Art. 6 Abs. 1, 1. Alt. GG.....	98
II. Verstoß des Verbots der Sukzessionadoption gegen Art. 6 Abs. 1, 2. Alt. GG	100
1. Schutzbereich und Eingriff.....	101
a) Abwehrrecht	101
aa) Familiengründungsfreiheit	101
(1) Begriff der Familie i.S.d. Art. 6 Abs. 1, 2. Alt. GG	103
(2) Subsumtion unter den Familienbegriff	106
(3) Fazit zur Familiengründungsfreiheit	108
bb) Gestaltungsfreiheit der Familie.....	108
(1) Schutzbereich.....	109
(2) Eingriff.....	111
(3) Fazit zur Gestaltungsfreiheit der Familie	113
cc) Ergebnis zur abwehrrechtlichen Dimension.....	113
b) Institutsgarantie.....	113
c) Wertentscheidende Grundsatznorm	114
d) Ergebnis	115
2. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	116
a) Allgemeines Persönlichkeitsrecht der Kinder Art. 2 Abs. 1 GG i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG	116
aa) Schutzbereich	117
bb) Eingriff.....	118
cc) Ergebnis.....	120
b) Schutz der Ehe Art. 6 Abs. 1, 1. Alt. GG.....	120
aa) Schutzbereich und Eingriff.....	121
(1) Abwehrrecht	121

(2) Institutsgarantie	121
(3) Wertentscheidende Grundsatznorm.....	122
bb) Ergebnis	126
c) Allgemeiner Gleichheitssatz Art. 3 Abs. 1 GG im Verhältnis zu rechtlich unverbindlichen Partnerschaften	127
aa) Ungleichbehandlung von wesentlich Gleichem	127
bb) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung der Ungleichbehandlung.....	132
(1) Rechtfertigungsmaßstab	132
(a) Willkürformel oder neue Formel	133
(b) Festlegung des Rechtfertigungsmaßstabs aufgrund der Berührung anderer Grundrechte	136
(c) Strengere Rechtfertigungsmaßstab aufgrund einer Annäherung an ein Merkmal des Art. 3 Abs. 3 GG	139
(d) Ergebnis zum Rechtfertigungsmaßstab	139
(2) Rechtfertigung	140
(a) Legitimer Zweck der Ungleichbehandlung	141
(b) Geeignetheit.....	141
(c) Erforderlichkeit	142
(d) Angemessenheit.....	144
(3) Ergebnis zur verfassungsrechtlichen Rechtfertigung	145
cc) Ergebnis.....	145
d) Verschiedengeschlechtlichkeit der Eltern aus Art. 2 Abs. 1 GG oder Art. 6 Abs. 2 GG	146
e) Fazit zur Rechtfertigung anhand von kollidierendem Verfassungsrecht	149
3. Ergebnis.....	150
<i>III. Verstoß des Verbots einer sukzessiven Adoption gegen Art. 3 Abs. 1 GG bei einem Vergleich von Eheleuten und eingetragenen Lebenspartnern.....</i>	<i>150</i>
1. Rechtlich relevante Ungleichbehandlung von wesentlich Gleichem	152
2. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung der Ungleichbehandlung.....	154
a) Maßstab der Rechtfertigung.....	154
aa) Willkürverbot oder neue Formel	154

bb) Festlegung des Rechtfertigungsmaßstabs aufgrund der Berührung anderer Grundrechte	155
cc) Strengerer Rechtfertigungsmaßstab aufgrund einer Annäherung an ein Merkmal des Art. 3 Abs. 3 GG	156
dd) Strengerer Rechtfertigungsmaßstab aufgrund einer Systembindung.....	159
(1) Systembindung	160
(2) Einheitliches System und Systembruch.....	161
(a) System aus dem Bereich der Adoptionsregelungen	162
(aa) Verfassungsmäßigkeit von § 9 Abs. 7 LPartG.....	163
(bb) Fazit	166
(b) System aus dem Bereich der Pflegeverhältnisse	166
(c) Systembildung	168
(d) Fazit und Systembruch	171
(3) Ergebnis zum Rechtfertigungsmaßstab aufgrund einer Systembindung	171
ee) Ergebnis zum Rechtfertigungsmaßstab	172
b) Rechtfertigung anhand verschiedener Aspekte.....	173
aa) Beschränkung von Sukzessivadoptionen	173
bb) Allgemeines Persönlichkeitsrecht des Kindes Art. 2 Abs. 1 GG i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG	174
(1) Allgemeines Persönlichkeitsrecht des Kindes als legitimer Zweck	174
(2) Geeignetheit des allgemeinen Persönlichkeitsrechts des Kindes	175
(3) Ergebnis zum allgemeinen Persönlichkeitsrecht als Rechtfertigungsgrund	176
cc) Förderung und Schutz der Ehe Art 6 Abs. 1 , 1. Alt GG	177
(1) Förderung und Schutz der Ehe als legitimer Zweck.....	177
(2) Ergebnis	177
dd) Schutz der Familie aus Art. 6 Abs. 1, 2. Alt. GG	178
(1) Schutz der Familie als legitimer Zweck	178
(a) Schutzbereich und Eingriff	178
(aa) Abwehrrecht.....	178
(bb) Institutsgarantie	180

(cc) Wertenscheidende Grundsatznorm	181
(b) Ergebnis	182
(2) Ergebnis zum Schutz der Familie als legitimen Zweck der Ungleichbehandlung.....	182
ee) Voraussetzung einer rechtlich verbindlichen Lebensbasis.....	182
(1) Hintergrund des Erfordernisses der rechtlichen Verbindlichkeit	183
(2) Eingetragene Lebenspartnerschaft als rechtlich verbindliche Paarbeziehung	188
(3) Fazit	190
ff) Verletzung des Gleichheitssatzes aus Art. 3 Abs. 1 GG im Hinblick auf andere nicht rechtlich verbindliche Beziehungen zwischen zwei Personen	191
gg) Internationale Adoptionsübereinkommen.....	192
c) Zusammenfassung und Ergebnis zur verfassungsrechtlichen Rechtfertigung der Ungleichbehandlung	195
3. Ergebnis zum Verstoß des Verbots einer Sukzessivadoption durch den eingetragenen Lebenspartner gegen Art. 3 Abs. 1 GG	197
<i>IV. Verstoß des Sukzessivadoptionsverbots gegen Art. 3 Abs. 1 GG im Hinblick auf eingetragene Lebenspartner mit leiblichen Kindern oder Fremdkindern</i>	<i>197</i>
1. Ungleichbehandlung von wesentlich Gleichem	198
2. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	198
3. Ergebnis.....	199
<i>V. Verstoß des Verbots einer sukzessiven Adoption gegen Art. 2 Abs. 1 GG i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG.....</i>	<i>200</i>
1. Schutzbereich und Eingriff.....	201
2. Fazit.....	203
<i>VI. Verstoß des Verbots einer sukzessiven Adoption gegen Art. 2 Abs. 1 GG</i>	<i>203</i>
<i>VII. Gesamtergebnis zum Verstoß des Verbots der Sukzessivadoption durch den eingetragenen Lebenspartner gegen Grundrechte der eingetragenen Lebenspartner.....</i>	<i>206</i>
B. VERSTOß DES VERBOTS DER SUKZESSIVADOPTION DURCH DEN EINGETRAGENEN LEBENSPARTNER DES ERSTANNEHMENDEN GEGEN GRUNDRECHTE DER KINDER.....	206

<i>I. Verstoß gegen Art. 6 Abs. 5 GG aufgrund einer Ungleichbehandlung von nichtehelichen und ehelichen Kindern</i>	207
1. Anwendbarkeit der Norm	208
2. Benachteiligung	211
3. Rechtfertigung	215
4. Ergebnis zum Verstoß gegen Art. 6 Abs. 5 GG	218
<i>II. Verstoß gegen Art. 6 Abs. 1, 2. Alt. GG aufgrund eines Eingriffs in die lebenspartnerschaftliche Familie</i>	219
<i>III. Verstoß gegen Art. 3 Abs. 1 GG aufgrund einer Ungleichbehandlung von Kindern, die von einem Ehepartner oder einem eingetragenen Lebenspartner einzeln angenommen wurden</i>	220
1. Ungleichbehandlung von wesentlich Gleichen	221
2. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung der Ungleichbehandlung	223
a) Rechtfertigungsmaßstab	223
aa) Willkürverbot oder neue Formel	224
bb) Strengerer Rechtfertigungsmaßstab aufgrund der Berührung anderer Grundrechte	225
cc) Strengerer Rechtfertigungsmaßstab aufgrund einer Annäherung an ein Merkmal aus Art. 3 Abs. 3 GG	226
dd) Strengerer Rechtfertigungsmaßstab aufgrund von Systembindung	227
ee) Ergebnis zum Rechtfertigungsmaßstab	227
b) Rechtfertigung	228
aa) Beschränkung der Sukzessivannahme	228
bb) Kindeswohl	228
cc) Recht auf verschiedengeschlechtliche Elternteile	230
c) Ergebnis zur Rechtfertigung	230
3. Ergebnis	230
<i>IV. Verstoß gegen Art. 3 Abs. 1 GG aufgrund einer ungleichen Behandlung von leiblichen und einzeln angenommenen Kindern eingetragener Lebenspartner</i>	231
1. Ungleichbehandlung von wesentlich Gleichen	232
2. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	232
3. Ergebnis	234

<i>V. Verstoß gegen Art. 2 Abs. 1 GG i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG</i>	235
<i>VI. Ergebnis zum Verstoß des Sukzessivannahmeverbots durch eingetragene Lebenspartner gegen Kindesgrundrechte</i>	237
C. FAZIT	238
D. GEBOTENHEIT DER EINFÜHRUNG DER MÖGLICHKEIT EINER SUKZESSIVADOPTION FÜR EINGETRAGENE LEBENSPARTNER	238
<i>I. Gebotenheit der Einführung aufgrund der Verstöße gegen Art. 3 Abs. 1 GG</i>	239
1. Rechtsfolgen der Verstöße gegen Art. 3 Abs. 1 GG	240
2. Gebotenheit der Einführung aufgrund von Verletzungen des Gleichheitssatzes ...	242
a) Möglichkeiten zur Beseitigung der Ungleichbehandlungen von eingetragenen Lebenspartnern und Eheleuten bzw. deren einzeln angenommenen Kindern	242
aa) Abschaffung der Sukzessivadoption für Eheleute.....	243
(1) Entstehender Verstoß gegen Art. 6 Abs. 1, 2. Alt. GG	243
(2) Entstehender Verstoß gegen Art. 6 Abs. 5 GG.....	245
(3) Entstehender Verstoß gegen Art. 3 Abs. 1 GG im Vergleich zwischen einzeln und gemeinschaftlich angenommenen Kindern von Ehegatten.....	248
(4) Entstehender Verstoß gegen Art. 3 Abs. 1 GG im Vergleich zwischen einzeln angenommenen Kindern von Ehegatten und einem leiblichen Kind eines Ehegatten	250
(5) Zusammenfassung und Folgen der entstehenden Grundrechtsverstöße	251
bb) Einführung der Sukzessivadoption für eingetragene Lebenspartner	252
cc) Fazit	252
b) Möglichkeiten zur Beseitigung der Ungleichbehandlungen von eingetragenen Lebenspartnern mit leiblichen Kindern und solchen mit zuvor angenommenen Kindern bzw. von den jeweils betroffenen Kindern	253
aa) Einführung der Sukzessivadoption für eingetragene Lebenspartner.....	253
bb) Abschaffung der Stiefkindadoption für eingetragene Lebenspartner	253
(1) Entstehender Verstoß gegen Art. 6 Abs. 1, 2. Alt. GG	254
(2) Entstehender Verstoß gegen Art. 3 Abs. 1 GG.....	254
cc) Fazit	255

c) Fazit zu den Möglichkeiten der Beseitigung der Ungleichbehandlungen i.S.d. Art. 3 Abs. 1 GG	255
3. Ergebnis zur Gebotenheit der Einführung aufgrund der Verstöße gegen Art. 3 Abs. 1 GG	256
<i>II. Gebotenheit der Einführung aufgrund des Verstoßes gegen</i> <i>Art. 6 Abs. 1, 2. Alt. GG</i>	257
<i>III. Gebotenheit der Einführung aufgrund des Verstoßes gegen Art. 6 Abs. 5 GG.....</i>	258
<i>IV. Ergebnis zur Gebotenheit der Einführung der Möglichkeit eine</i> <i>r Sukzessivadoption für eingetragene Lebenspartner</i>	259
E. ERGEBNIS DER UNTERSUCHUNGEN ZUM VERBOT DER SUKZESSIVADOPTION UNTER VERFASSUNGSRECHTLICHEN GESICHTSPUNKTEN	261
KAPITEL 3: RELEVANZ UND AUSWIRKUNGEN EINER SUKZESSIVEN ADOPTIONSMÖGLICHKEIT	263
A. RESÜMEE DER BISHERIGEN UNTERSUCHUNGSERGEBNISSE	263
B. AUSWIRKUNGEN DIESER ERGEBNISSE.....	265
KAPITEL 4: DIE GEMEINSCHAFTLICHE ADOPTION DURCH EINGETRAGENE LEBENSPARTNER	267
A. DIE GEMEINSCHAFTLICHE ADOPTION UNTER ZIVILRECHTLICHEN GESICHTSPUNKTEN ...	267
I. „ <i>Adoptio naturam imitatur</i> “ Grundsatz	268
II. <i>Rechtlicher Rahmen der Ehe</i>	271
III. <i>Eingliederung in die eheliche Familie</i>	275
IV. <i>Fazit</i>	277
B. DIE GEMEINSCHAFTLICHE ADOPTION UNTER VERFASSUNGSRECHTLICHEN GESICHTSPUNKTEN	278
I. <i>Der Verstoß des Verbots einer gemeinschaftlichen Adoption gegen</i> <i>Verfassungsrecht</i>	278
1. Verstoß gegen Grundrechte der eingetragenen Lebenspartner	278
a) Verstoß gegen Art. 6 Abs. 1, 1. Alt. GG	279
b) Verstoß gegen Art. 6 Abs. 1, 2. Alt. GG.....	279
aa) <i>Schutzbereich</i>	279
(1) <i>Abwehrrecht</i>	280

(2) Institutsgarantie	280
(3) Wertentscheidende Grundsatznorm.....	281
(4) Ergebnis	281
bb) Eingriff.....	281
(1) Eingriff in die abwehrrechtliche Dimension	282
(2) Eingriff in die Dimension der Institutsgarantie	283
(3) Ergebnis zum Eingriff	283
cc) Rechtfertigung.....	284
(1) Kindeswohl Art. 2 Abs. 1 GG i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG.....	284
(2) Eheschutz Art. 6 Abs. 1, 1. Alt. GG	285
(a) Eingriff in den Schutzbereich der Ehe.....	286
(b) Ergebnis	289
(3) Fazit zur Rechtfertigung	289
dd) Ergebnis	289
c) Verstoß gegen Art. 3 Abs. 1 GG.....	289
aa) Rechtlich relevante Ungleichbehandlung von wesentlich Gleichem	290
bb) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung der Ungleichbehandlung.....	291
(1) Rechtfertigungsmaßstab	292
(2) Rechtfertigung	294
(a) Beschränkung der gemeinschaftlichen Annahme auf Eheleute.....	294
(b) Kindeswohl Art. 2 Abs. 1 GG i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG.....	295
(c) Eheschutz Art. 6 Abs. 1, 1. Alt. GG	295
(d) Internationale Adoptionsübereinkommen	296
(3) Ergebnis zur verfassungsrechtlichen Rechtfertigung	296
cc) Ergebnis.....	296
d) Verstoß gegen Art. 2 Abs. 1 GG i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG.....	297
e) Fazit zum Verstoß gegen Grundrechte der eingetragenen Lebenspartner	297
2. Verstoß gegen Grundrechte der betroffenen Kinder	297
a) Verstoß gegen Art. 6 Abs. 5 GG.....	298
b) Verstoß gegen Art. 6 Abs. 1, 2. Alt. GG.....	299
aa) Schutzbereich und Eingriff.....	299
bb) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	300

cc) Ergebnis.....	301
c) Verstoß gegen Art. 3 Abs. 1 GG.....	301
d) Verstoß gegen Art. 2 Abs. 1 GG i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG.....	302
e) Fazit zum Verstoß gegen Grundrechte der Kinder	303
3. Ergebnis zum Verstoß des Verbots einer gemeinschaftlichen Adoption gegen Verfassungsrecht	304
<i>II. Verfassungsrechtliche Gebotenheit der Einführung einer gemeinschaftlichen Adoption</i>	<i>304</i>
1. Gebotenheit aufgrund der vorliegenden Grundrechtsverstöße.....	305
a) Abschaffung der gemeinschaftlichen Adoption für Eheleute	307
b) Einführung der gemeinschaftlichen Adoption für eingetragene Lebenspartner	308
c) Ergebnis.....	309
2. Fazit.....	309
<i>III. Resümee zur gemeinschaftlichen Adoption unter verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten</i>	<i>310</i>
C. FAZIT ZUR GEMEINSCHAFTLICHEN ADOPTION	310
KAPITEL 5: SCHLUSSBETRACHTUNGEN	312
A. ZUSAMMENFASSUNG DER WESENTLICHEN UNTERSUCHUNGSERGEBNISSE.....	312
B. AUSWIRKUNGEN DER UNTERSUCHUNGSERGEBNISSE.....	316
C. HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN.....	318
D. FAZIT.....	320
ANLAGEN.....	321
LITERATURVERZEICHNIS	327